



Sozial gerecht geht anders

Pressemitteilung von Martina Bunge, 28. Mai 2013

"Die Ärzteschaft fordert einerseits die sozial ungerechte Kopfpauschale, andererseits diskutiert sie über die Folgen von Armut für die Gesundheit. Das passt nicht zusammen. Um Armut und damit auch deren Folgen zu vermindern, braucht man eine sozial gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems mit einer entsprechenden Heranziehung der Gutverdiener statt ungerechter Einheitspreise für alle", sagt Martina Bunge mit Blick auf das Programm des heute beginnenden 116. Ärztetags in Hannover. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Seit einigen Monaten versuchen die Private Krankenversicherung (PKV), Marktliberale und Ärzte sehr durchsichtig, die PKV zum Garanten eines funktionierenden, guten Gesundheitssystems zu erklären. Das Gegenteil ist richtig. Die PKV-Versicherten sind teilweise deutlich überversorgt und übertherapiert, und vor allem Ältere können kaum noch die steigenden PKV-Prämien abdecken und verarmen deshalb. Durch die bessere Vergütung werden Privatpatienten fast immer vorrangig

behandelt, GKV-Versicherte müssen hingegen lange Wartezeiten hinnehmen. Die Honorare aus Privatbehandlungen sind zudem sehr ungleich und ungerecht verteilt. Gerade die Ärzte, die in sozialen Brennpunkten der Städte oder auf dem Land arbeiten, erhalten davon gar nichts. Das ungerechte System mit PKV und GKV verschärft die sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit. Die Diskussion über Armut und Gesundheit erscheint angesichts dieser Sachlage als Feigenblatt. Im Grunde genommen geht es der organisierten Ärzteschaft auf dem letzten Ärztetag vor der Wahl mit ihrem unausgereiften Konzept darum, die Bürgerversicherung zu verhindern und die PKV zu retten. Sie stellt sich damit gegen die Interessen der großen Mehrheit der Patientinnen und Patienten, die ein Ende der Zweiklassen-Medizin fordern. Sie zeigen, wie wenig ihnen an einem solidarischen und guten Gesundheitssystem und damit an ihren Patienten gelegen ist."